



Innenausschuss

45. Sitzung (öffentlich)

18. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung 7

Die Tagesordnung wird um eine Aktuelle Viertelstunde erweitert.

Aktuelle Viertelstunde 7

Onlineeinbruch von amerikanischen und britischen Geheimdiensten bei nordrhein-westfälischen Unternehmen und Internet Providern

Auf Antrag der Fraktion der Piraten

– MDgt Wolfgang Düren (MIK) berichtet 3

– Aussprache 5

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)
Vorlage 16/2173

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

– Minister Ralf Jäger (MIK) berichtet 8

– Frage von Dr. Robert Orth (FDP) 10

2 Mitarbeiterin des NRW-Innenministeriums an Loveparade-Gutachten beteiligt? 15

Vorlage 16/2192

– Aussprache 11

3 Antisemitische Parolen mit Polizei-Megafon skandiert? 16

Vorlage 16/2188

– Aussprache 12

4 Einbindung der Polizei in die Überwachung der Lafontaine-Attentäterin Adelheid S. 20

Vorlage 16/2193

Aus dem Ausschuss ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

5 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen 21

Vorlage 16/2194

– Aussprache

17

12 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

Der Ausschuss kommt überein, am 23. Oktober 2014 ein Sachverständigengespräch durchzuführen.

6 Rechte „Bürgerwehren“ auf dem Vormarsch – Was unternimmt die Landesregierung?

31

Vorlage 16/2195

Aus dem Ausschuss ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

7 Realistische Erfassung von Sicherheitsproblemen – Reform der Datenerfassung und -auswertung der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS)

32

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3438
Ausschussprotokoll 16/518

– Aussprache

28

Der Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/3438 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

8 Siebtes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze

34

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 16/6194

In Verbindung mit:

**Bericht über die Evaluation des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes
für das Land Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 16/2046

– Aussprache 30

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion angenommen.

**9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesfarben, das
Landeswappen und die Landesflagge 36**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6192

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen aller Fraktionen
angenommen.

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Flaggen 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6193

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen aller Fraktionen
angenommen.

**11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener
Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW) 38**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6634

– Aussprache 34

Der Ausschuss kommt überein, ein Sachverständigenge-
spräch durchzuführen. In der Obleuterunde am 23. Oktober
2014, um 9:45 Uhr, werden die weiteren Modalitäten geklärt.

13 Ermittlungen gegen einen Aachener Polizeianwärter und weitere Beteiligte nach wochenlangem fremdenfeindlichem Mobbing einer Studienkollegin	40
– Minister Ralf Jäger (MIK) berichtet	36
– MDgt Wolfgang Düren (MIK) berichtet	37
– Aussprache	40

* * *

11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6634

(vom Plenum am 10. September 2014 an den Innenausschuss – federführend – sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen)

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, dass vor der endgültigen Abstimmung das Votum des mitberatenden Ausschusses abgewartet werden müsse.

Frank Herrmann (PIRATEN) regt zu dem Thema ein Sachverständigengespräch an, da der Ortungsimpuls zwar ein BOS-Systembestandteil sei, aber nur in den Anmerkungen auf die Nutzung im Bereich des Mobilfunknetzes hingewiesen werde. Daher fordere er noch ein wenig Expertise in Bezug auf die Konsequenzen, wenn der Mobilfunk eingeschlossen sei, und frage, ob sich der Kreis der Betroffenen, die dann einer Datenübermittlung ohne Wissen zustimmen würden, hinreichend abgrenzen lasse.

Auf einen Zwischenruf des Abgeordneten Hegemann entgegnet **Dirk Schatz (PIRATEN)**, dass die Piratenfraktion in den letzten zwei Jahren vielleicht vier oder fünf Anhörungen beantragt habe, die CDU-Fraktion allein in der letzten Sitzung drei Stück.

Aufgrund der Tragweite des Gesetzentwurfs fordert **Dr. Robert Orth (FDP)** noch erhebliche Änderungen. Eine entsprechende Nachfrage bei den Verbänden habe ein sehr differenziertes Bild und sehr große Sorgen aufgezeigt, dass Daten auch zu anderen dienstlichen Zwecken erhoben und genutzt würden. Es sei nicht klar, aus welchem Anlass überhaupt Daten erhoben werden dürften, mit welchen Geräten und welche Speicherfristen gelten würden. Insofern begrüße er den Wunsch der Piraten nach einem Sachverständigengespräch.

Die Debatte müsse vertieft werden, es gehe schließlich darum, ob letztendlich eine zentrale Stelle weiß, wo sich jeder Feuerwehrmann und jeder Polizist in Nordrhein-Westfalen mit seinem Gerät gerade befinde und ob damit auch überwacht werden könne, inwiefern sich die Beamtinnen und Beamten immer regelkonform verhielten. Über diesen äußerst sensiblen Punkt könne man nicht einfach so hinweggehen.

Vorsitzender Daniel Sieveke schlägt vor, das Sachverständigengespräch am 26. Februar 2015 durchzuführen und dazu den Landesdatenschutzbeauftragten sowie einen Sachverständigen pro Fraktion einzuladen.

Auf die Frage von **Frank Herrmann (PIRATEN)**, ob zusätzlich die Gewerkschaften, die in diesem Punkt besonders betroffen seien, eingeladen werden könnten, antwortet der **Vorsitzende**, dass zu einem Sachverständigengespräch nur ein Experte pro Fraktion möglich sei.

Dr. Robert Orth (FDP) gibt zu bedenken, dass von dem Gesetzentwurf nicht nur die Polizei, sondern auch die Feuerwehr und andere betroffen seien. Wenn jede Fraktion nur einen Sachverständigen benennen könne, dann müsse sich die FDP schon entscheiden, aus welchem Bereich und von welcher Organisation sie jemanden einlade. Er schlage vor, in einem Obleutegespräch eine vernünftige Regelung hierfür zu finden.

Vorsitzender Daniel Sieveke stellt klar, dass es ein Sachverständigengespräch beantragt sei und keine Anhörung. Im Obleutegespräch könnten gerne Einzelheiten festgelegt werden. Er verweise nur auf mögliche Terminschwierigkeiten, wenn nun keine Einigung erzielt werde.

Frank Herrmann (PIRATEN) hält dem entgegen, dass demnächst auch ein Sachverständigengespräch mit neun Sachverständigen auf der Tagesordnung stehe.

Theo Kruse (CDU) erinnert daran, dass seit vielen Jahren über die Einführung und Umsetzung des Digitalfunks geredet werde. Um dessen Vorteile vollumfänglich und möglichst schnell nutzen zu können, sei das Gesetz dem Grunde nach notwendig. Damit noch bis zum Sommer nächsten Jahres zu warten, halte er für schwierig. Vielleicht könne Herr Herrmann seine Fragen auch über eine Anfrage an die Landesregierung klären. Der Rechtsausschuss habe noch nicht abschließend beraten, gleichwohl stehe es der antragstellenden Fraktion natürlich frei, ein Sachverständigengespräch zu beantragen.

Der Ausschuss kommt überein, ein Sachverständigengespräch durchzuführen. In der Obleuterunde am 23. Oktober 2014, um 9:45 Uhr, werden die weiteren Modalitäten geklärt.